

Sitzungsbericht – 5. Sitzung am 19. und 20. Oktober 2022

Der Österreichische Beirat für die Entsorgung radioaktiver Abfälle – **Entsorgungsbeirat** – kam am 19. und 20. Oktober 2022 zu seiner fünften Sitzung zusammen. Ziele dieser Sitzung waren erste Empfehlungen auf Basis der Studienergebnisse zur Bestandsaufnahme (Mandatspunkt 1) festzuhalten und die weitere Vorgehensweise und offene Fragen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen (Mandatspunkt 2) abzustimmen. Darüber hinaus war es Ziel, das Studiendesign zum Wissens- und Verständnisstand der Bevölkerung und die Weiterentwicklung des Partizipationskonzepts (Mandatspunkt 3) zu klären, sowie zum Zeit- und Ablaufplan (Mandatspunkt 4) aktuelle Arbeiten zu diskutieren und nächste Schritte festzulegen.

Hintergrund

Auf Grundlage des Nationalen Entsorgungsprogramms (2018) erarbeitet der Entsorgungsbeirat für die Bundesregierung Entscheidungsgrundlagen und Empfehlungen zur sicheren Entsorgung der in Österreich anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle. Radioaktive Abfälle entstehen in Österreich aus Anwendungen in Medizin, Forschung, Industrie und aus dem Rückbau von nicht mehr benötigten Anlagen (Dekommissionierung).

Das Mandat des Entsorgungsbeirates legt die Aufgaben fest. Es gilt für drei Jahre und endet mit Juni 2024. Die vier Aufgaben laut Mandat sind:

1. **Radioaktive Abfälle in Österreich: Erhebung des Status Quo**

Ziel ist die Erhebung und Sammlung von Informationen und Daten zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Einerseits soll die Bestandsaufnahme der radioaktiven Abfälle in Österreich diskutiert werden und andererseits sollen die Studien zu den bisherigen Endlageraktivitäten des Bundes evaluiert werden. Dabei soll eine konkrete Darstellung der Ist-Erhebung erfolgen. Die Daten der Ist-Situation beschreiben detailliert die Ausgangssituation und liefern die Basis für die Arbeit des Entsorgungsbeirates.

2. Analyse der Optionen für eine Endlagerung

Ziel ist es, eine Übersicht aller möglichen Optionen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle - einschließlich der Option einer Kooperation mit anderen Ländern - mit ihren erforderlichen Voraussetzungen, Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken sowie einer ersten Kostenabschätzung in Form eines Dokumentes zu erstellen.

3. Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit

Ziel ist es, Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Bevölkerung (auch grenzüberschreitend) am Weg zu einem Endlager für radioaktive Abfälle in Österreich unter Berücksichtigung von technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aspekten zu entwickeln. In diesem Konzept sollen Empfehlungen enthalten sein, wie und wann die Bevölkerung informiert, beteiligt und in Entscheidungen miteinbezogen wird.

4. Erstellung eines zeitlichen Ablaufs für die Entsorgung radioaktiver Abfälle

Ziel ist es, einen Entwurf für den Zeit- und Ablaufplan zur Entsorgung der in Österreich angefallenen radioaktiven Abfälle zu erstellen. Dieser Entwurf soll, wenn möglich, maßgebliche Zwischentappen („Meilensteine“), Leistungskennzahlen und klare Zeitpläne für das Erreichen dieser Zwischentappen enthalten.

Die Empfehlungen, die der Entsorgungsbeirat zu den einzelnen Mandatspunkten erarbeitet, werden der Bundesregierung übermittelt und dienen als Entscheidungsgrundlage für weitere Schritte.

Der Entsorgungsbeirat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, NGOs, Bund und Ländern, sowie der Zivilgesellschaft zusammen. Den Vorsitz dieses Gremiums hat Silvia Benda-Kahri vom Umweltbundesamt inne. Im Rahmen weiterer Mandate ab Mitte 2024 kann sich die Zusammensetzung des Entsorgungsbeirates, in Abhängigkeit von den Aufgaben, ändern.

Rückblick

In der 4. Sitzung präsentierte die Nuclear Engineering Seibersdorf GmbH (NES) eine Bestandsaufnahme der radioaktiven Abfälle in Österreich. Diese wurde anschließend diskutiert. In der Diskussion ergaben sich noch weitere Fragen, die in der Studie zu berücksichtigen sind. Der finale Bericht zur Studie wurde von der NES im Sommer 2022 an alle Beiratsmitglieder übermittelt. Der Ausschuss „Bestandsaufnahme - Fokus Mengen“ arbeitete im nächsten Schritt an den ersten Empfehlungen und klärte ab, ob noch zusätzliche Erhebungen zu den aktuellen und zukünftig anfallenden radioaktiven Abfällen notwendig sind.

In Rahmen der 3. Sitzung wurde der Bedarf an weiteren Studien und Berichten beschlossen. Der Beirat schlug vor, mit folgenden Studien zu starten:

- Rechtliche Rahmenbedingungen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle
- Methoden zur Abschätzung des Langzeitverhaltens und der Ausbreitung von Radionukliden im Nahbereich eines möglichen Endlagers
- Gegenüberstellung der Optionen von Endlagern
- Vorschlag für Sicherheitskriterien und Störfallszenarien

Die Studie zum Vorschlag für Standortkriterien soll warten, bis die Zwischenergebnisse der anderen Studien, sowie der Studie zum Mandatspunkt 3 vorliegen. Bei der 5. Sitzung sollen die ersten Ergebnisse zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zum Vorschlag für Sicherheitskriterien und Störfallszenarien präsentiert werden.

Der Ausschuss „Rahmenbedingungen für die Einbindung der Öffentlichkeit“ arbeitete im nächsten Schritt ein Design für eine Studie zum Wissens- und Verständnisstand der Bevölkerung aus und beriet die Geschäftsstelle bei den notwendigen Schritten für die Ausschreibung/Beauftragung. Aufbauend auf den bisherigen Arbeiten startete der Ausschuss mit der Umsetzung des zweiten Beschlusses zum Verständnis von Transparenz und begann mit der Erstellung des Partizipationskonzeptes und soll darüber in der 5. Beiratssitzung berichten.

Der Beirat empfahl, dass die Weiterbearbeitung der Tabelle "Entscheidungsbaum" von der Geschäftsstelle übernommen werden soll. Der ausgearbeitete Entscheidungsbaum soll mit der Literatur zur Planung eines Endlagers für radioaktive Abfälle nach Stand von Wissenschaft und Technik verglichen und vervollständigt werden. Außerdem soll ein Bericht erarbeitet werden, in dem die in der Tabelle als Spiegelpunkte vermerkten Arbeitsschritte und Entscheidungen umfassend erläutert werden. Erste Ergebnisse sollen in der 5. Sitzung präsentiert werden.

Ergebnisse der 5. Sitzung:

Die Ergebnisse der 5. Sitzung des Entsorgungsbeirates werden anhand der Mandatspunkte dargelegt.

Punkt 1: Radioaktive Abfälle in Österreich: Erhebung des Status Quo

Die Nuclear Engineering Seibersdorf GmbH hat für den Entsorgungsbeirat eine Bestandsaufnahme der radioaktiven Abfälle in Österreich erstellt und auf Basis der Diskussion der 4. Sitzung

noch einige Ergänzungen vorgenommen. Diese wurden in der Sitzung präsentiert und diskutiert. Außerdem wurden vom Ausschuss zum Mandatspunkt 1 darauf aufbauende Empfehlungen entwickelt und vom Beirat ergänzt.

Ergebnisse

Der Beirat kommt überein, dass die vorläufigen Empfehlungen festgehalten werden und der Ausschuss weiter bestehen bleibt. Der Ausschuss wird das Thema „Menge der radioaktiven Abfälle in Österreich“ weiter begleiten und im nächsten Jahr an den Empfehlungen für den Abschlussbericht arbeiten.

Punkt 2: Analyse der Optionen für eine Endlagerung

In der 4. Sitzung wurden im Beirat die Durchführung der im Rückblick genannten Studien beschlossen.

Es wurde mit der Ausarbeitung der Studie zu den rechtlichen Rahmenbedingungen begonnen. Die Zwischenergebnisse wurden im Rahmen der 5. Sitzung von Vertreter:innen der Johannes-Kepler-Universität Linz präsentiert und diskutiert. Die Präsentation der Ergebnisse der Studie zu den Sicherheitskriterien wurde auf die 6. Sitzung vertagt.

Ergebnisse

Die Ergebnisse der Studie zu den rechtlichen Rahmenbedingungen werden ergänzt und mit dem Zeit- und Ablaufplan zusammengeführt.

Punkt 3: Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss „Rahmenbedingungen für die Einbindung der Öffentlichkeit“ stellte den aktuellen Stand des Partizipationskonzepts vor.

Außerdem wurde das Forschungsdesign für die Studie zum Wissens- und Verständnisstand der Bevölkerung vom Umweltbundesamt vorgestellt.

Ergebnisse

Die Weiterentwicklung des Partizipationskonzepts unter Berücksichtigung des Zeit- und Ablaufplans, sowie den Ergebnissen der Studie zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Studie zum Wissens- und Verständnisstand der Bevölkerung wurde vereinbart. In der 6. Sitzung wird es einen Statusbericht durch den Ausschuss geben.

Der Entsorgungsbeirat begrüßt, dass von den Vertreter:innen der Zivilgesellschaft ein erstes Treffen mit NGOs organisiert wird. Die Ergebnisse des Treffens werden dem Beirat vorgestellt.

Punkt 4: Erstellung eines zeitlichen Ablaufs für die Entsorgung radioaktiver Abfälle

Die Geschäftsstelle hat einen Entwurf für den Zeit- und Ablaufplan erstellt. Dieser wurde im Rahmen der Sitzung präsentiert und diskutiert.

Ergebnisse

Der Entsorgungsbeirat einigt sich darauf einen Ausschuss „Zeit- und Ablaufplan“ zu gründen. Die Aufgaben des Ausschusses umfassen die Bewertung der laufenden Ergänzungen, Vorschläge und offene Punkte aus dieser Arbeit in den Beirat einzubringen, sowie Empfehlungen zu erarbeiten.

Der Beirat legt als nächste Schritte fest, dass die Diskussionsergebnisse der 5. Sitzung eingearbeitet werden, die Ergebnisse der Studie zu den rechtlichen Rahmenbedingungen soweit möglich in Abstimmung mit dem Ausschuss berücksichtigt werden und die offenen Punkte des Zeit- und Ablaufplans durch den Ausschuss „Zeit- und Ablaufplan“ für die nächste Beiratssitzung herausgearbeitet werden.

Die nächste Sitzung des Entsorgungsbeirates findet am 1. und 2. Februar 2023 statt.

Sitzungsteilnehmer:innen

Entsorgungsbeirat

Roman Beyerknecht (Nuclear Engineering Seibersdorf)

Philipp Bohatschek (Bundesministerium für Finanzen)

Ulrike Felt (Universität Wien, Institut für Wissenschafts- und Technikforschung)

Bernhard Haubenberger (Österreichischer Gemeindebund)

Günter Liebel (Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus)

Patricia Lorenz (Global 2000)

Frank Melcher (Montanuniversität Leoben, Lehrstuhl für Geologie und Lagerstättenlehre)

Gabriele Mraz (Österreichisches Ökologie-Institut)

Nikolaus Müllner (Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften)

Ewald Plantosar (Steiermark, Vertretung der Bundesländer)

Christina Raith (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz)

Horst Reicher (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

David Reinberger (Umwelt- und Naturschutzanwaltschaften Österreichs)

Ursula Rosenbichler (Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport)

Sabine Schneeberger (Bundeskanzleramt)

Gerhard Seifritz (Niederösterreich, Vertretung der Bundesländer)

Sigrid Sperker (Oberösterreich, Vertretung der Bundesländer)

Johannes Sterba (Technische Universität Wien, Atominstitut)

Hannelore Weck-Hannemann (Universität Innsbruck, Institut für Finanzwissenschaft)

Weitere Teilnehmer:innen

Silvia Benda-Kahri (Umweltbundesamt) Vorsitz

Sabine Kranzl (Umweltbundesamt) Co-Vorsitz

Claudia Ackerl (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Verena Ehold (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Rudolf Engelbrecht (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Henriette Herzog (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Geschäftsstelle

Christian Katzlberger (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Geschäftsstelle

Konrad Lotter (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Wolfgang Neckel (NES, Vortragender)

Sonja Rosenitsch (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Maria-Theresia Semmelrock-Picej (Johannes-Kepler-Universität, Vortragende)

Erika Wagner (Johannes-Kepler-Universität, Vortragende)

Daniela Zanini-Freitag (Umweltbundesamt, Vortragende)

Impressum oder Rückfragehinweis oder Datenschutzinfo

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Untere Donaustraße 11, 1020 Wien

Stand: 21. Oktober 2022

Telefon: +43 1 71100 61 4195

E-Mail: v8@bmk.gv.at

Erstellt von

Österreichischer Beirat für die Entsorgung radioaktiver Abfälle

Vorsitz und Geschäftsstelle

Sabine Kranzl und Henriette Herzog

E-Mail: kontakt@entsorgungsbeirat.gv.at

Erstellt am: 21. Oktober 2022